BUNDESPARTEIGERICHT
CDU-BPG 9/2005

BESCHLUSS

In der Parteigerichtssache

des Herrn M. R. in N.

**- Antragsteller, Beschwerdeführer
und Rechtsbeschwerdeführer -**

gegen

den CDU-Kreisverband N.,
vertreten durch den Kreisvorstand,
dieser vertreten durch den Vorsitzenden
Herrn H. G. MdB in N.

**- Antragsgegner, Beschwerdegegner
und Rechtsbeschwerdegegner -**

wegen Wahlanfechtung

hat das Bundesparteigericht der CDU im schriftlichen Verfahren am 27. September 2005 unter Mitwirkung von:

Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht a. D.

Dr. Pia Rumler-Detzel

- Vorsitzende -

Präsident des Landgerichts a. D.

Dr. Friedrich August Bonde

Regierungsdirektor

Bernhard Hellner

Richterin am Bundesgerichtshof a. D.

Dr. Heidi Lambert-Lang

Richter am Bundesgerichtshof a. D.

Karl-Friedrich Tropf

- beisitzende Richter -

beschlossen:

- 1. Die Rechtsbeschwerde des Antragstellers gegen den auf Grund der mündlichen Verhandlung vom 24. Februar 2005 ergangenen Beschluss des Landesparteigerichts des CDU-Landesverbandes N. wird zurückgewiesen.**
- 2. Das Verfahren vor dem Bundesparteigericht ist gebührenfrei; außergerichtliche Kosten und Auslagen haben die Verfahrensbeteiligten selbst zu tragen.**

Gründe

I.

Der Antragsteller ist Mitglied des Antragsgegners und war, wie die früheren Mit Antragsteller T. G., T. G.-B. und M. K., vom Stadtverband N. am 21.05.2003 zum Ersatzdelegierten für den Kreisparteitag des Antragsgegners gewählt worden. Wegen Verhinderung von Delegierten und vorrangigen Ersatzdelegierten war der Antragsteller berechtigt, am 33. Kreisparteitag des Antragsgegners vom 12.07.2003 teilzunehmen, an der Teilnahme jedoch wie G.-B. und K. verhindert. Lediglich G. nahm als Delegierter am Kreisparteitag teil. Der Kreisparteitag beschloss Änderungen der Satzung des Antragsgegners dahin, dass an den Sitzungen des Kreisvorstandes und der Vorstände der nachgeordneten Organisationsstufen über die bisher schon Berechtigten hinaus weitere Personen, beim Ortsverband erstmals, Personen mit beratender Stimme teilnehmen durften (§§ 18 Abs. 1 Satz 2, 30 Abs. 1 Satz 2, 34 Abs. 1 Satz 2 der Kreissatzung). In die Zuständigkeitskataloge des Kreisparteitags sowie der Mitglieder- und Delegiertenversammlungen der nachgeordneten Organisationsstufen wurde die Wahl von Ehrenvorsitzenden aufgenommen, wozu nur gewählt werden solle, wer das Amt des Vorsitzenden der jeweiligen Organisationsstufe bekleidet hatte (§§ 17 Abs. 4 Nr. 6, 29 Abs. 1 Nr. 4, 33 Abs. 1 Nr. 4 der Kreissatzung).

Der Antragsteller und die früheren Mit Antragsteller haben beim Kreisparteigericht beantragt, die satzungsändernden Beschlüsse des Kreisparteitags aufzuheben. Die Teilnahme von Personen, die nicht von den Delegierten- bzw. Mitgliederversammlungen der jeweiligen Organisationsstufe gewählt seien, mit beratender Stimme an den Vorstandssitzungen verstoße gegen § 11 Abs. 2 PartG, auf alle Fälle sei durch die angefochtenen Bestimmungen die gesetzliche Höchstzahl von Vorstandsmitgliedern kraft Satzung überschritten. Auf Lebenszeit gewählte Ehrenvorsitzende mit besonderen Rechten seien mit Art. 21 Abs. 1 Satz 3 GG nicht zu vereinbaren, die Sollvorschrift über das passive Wahlrecht verletze zudem die Gleichheit der Parteimitglieder.

Das Kreisparteigericht hat die Anträge zurückgewiesen. Es hat sie als Anträge auf Feststellung der Nichtigkeit der Satzungsänderungen gedeutet, für die es den Antragstellern am Feststellungsinteresse fehle.

Im Beschwerderechtzug haben die Antragsteller die Aufhebungsanträge auf eine weitere Satzungsänderung, nämlich der Einführung einer Bestimmung über das Antragsrecht auf dem Kreisparteitag (§ 17 Abs. 5 der Kreissatzung) ausgedehnt. Den Antrag haben sie darauf

gestützt, dass der Kreisparteitag nicht ordnungsgemäß zusammengesetzt gesetzt gewesen sei und Anträge nicht an die Delegierten verschickt worden seien. Die weiterverfolgten erstinstanzlichen Anträge haben sie zusätzlich auf diese Gesichtspunkte gestützt. Im Verlauf des Beschwerdeverfahrens haben die Antragsteller G. und K. ihr Rechtsmittel zurückgenommen. Die Beschwerde des Antragstellers und des früheren Antragstellers G.-B. hat das Landesparteigericht zurückgewiesen.

Es hat die Erweiterung der Anträge auf § 17 Abs. 5 der Kreissatzung (Antragsrecht auf dem Kreisparteitag) zugelassen und alle Anträge im Hinblick auf die förmlichen Beanstandungen (Zusammensetzung des Parteitags, Anträge zum Parteitag) geprüft, die Beanstandungen aber nicht als durchgreifend erachtet. Im Übrigen ist es dem Kreisparteigericht gefolgt und hat die Anträge auf Aufhebung der §§ 18 Abs. 1 Satz 2, 30 Abs. 1 Satz 2, 34 Abs. 1 Satz 2 der Kreissatzung (Teilnahme an Vorstandssitzungen mit beratender Stimme) sowie der §§ 17 Abs. 4 Nr. 6, 29 Abs. 1 Nr. 4 und 33 Abs. 1 Nr. 4 der Kreissatzung (Ehrevorsitzende) wegen Verstoßes gegen Verfassung und Gesetz (inhaltliche Beanstandungen) als unzulässig angesehen. Das Feststellungsinteresse nach §§ 43 VwGO, 256 ZPO setze voraus, dass der Rechtsschutzsuchende persönlich in seinen Rechten verletzt sei. Hieran fehle es den Antragstellern. Das allgemeine Betroffensein von dem Regelwerk der Parteisatzung, dem jedes Mitglied in gleicher Weise ausgesetzt sei, reiche nicht aus. Die Beschlussfassung über die Gestaltung des Satzungsrechts gehöre zu den Aufgaben der dafür ausschließlich zuständigen Parteitage, in deren Kompetenz gerichtlich nicht eingegriffen werden könne. Ein abstraktes Normenkontrollverfahren finde vor den Parteiengerichten ebenso wenig statt wie eine Popularklage. „Hilfsweise“ hat das Landesparteigericht „angemerkt“, es sehe die Satzungsänderungen als gültig an.

Hiergegen richtet sich die Rechtsbeschwerde des Antragstellers, mit der er alle zweitinstanzlichen Anträge weiter verfolgt. Er rügt, das Landesparteigericht verkenne, dass sich das Rechtsschutzinteresse an der inhaltlichen Überprüfung der Satzungsnormen aus dem subjektiv-rechtlichen Charakter seines Mitgliedschaftsrechtes ergebe. Nach der Rechtsprechung habe das Mitglied einen Anspruch darauf, dass der Verein nur in den Grenzen tätig werde, die Recht und Satzung setzen. Lediglich allgemeine politische Richtungsentscheidungen, die keine unmittelbaren rechtlichen Wirkungen für die Parteimitglieder entfalten, unterlägen keiner allgemeinen Rechtskontrolle (CDU-BPG 12/91 und 2/92). An der Rüge, Satzungsanträge zum Kreisparteitag seien den Mitgliedern nicht zugeleitet worden, hält er fest. Die Rüge, die beratende Teilnahme nicht gewählter Personen an Vorstandssitzungen verstoße gegen § 11 Abs. 2 PartG, belegt er mit der Entstehungsgeschichte des Gesetzes (Regierungsentwurf, BT-Drucks. III/1509; Protokoll der 104. Sitzung des 3. Deutschen Bun-

destages vom 19.02.1960; schriftl. Bericht des Innenausschusses des 5. Deutschen Bundestags zum interfraktionellen Entwurf eines Parteiengesetzes (BT-Drucks. V 1339) vom 27.06.1967, (BT-Drucks. V 1918); Protokolle der 44., 49., 56. und 60. Sitzung des Innenausschusses des 5. Deutschen Bundestages vom 16.02., 15.03., 21.04. und 21.06.1967 sowie mit Stimmen aus der einschl. Literatur.

II.

Die Rechtsbeschwerde ist in vollem Umfang zulässig. Sie ist rechtzeitig eingelegt (§ 42 Abs. 3, § 38 Abs. 1 PGO) und innerhalb der verlängerten Beschwerdebegründungsfrist begründet worden (§ 42 Abs. 2 PGO). Die Begründung hat sämtliche Aufhebungsanträge zum Gegenstand. Zwar zielen die inhaltlichen Rügen nicht auf den Antrag, § 17 Abs. 5 der Kreissatzung (Antragsberechtigung zum Kreisparteitag) aufzuheben und die formelle Rüge der zweiten Instanz, der Kreisparteitag sei gesetzwidrig zusammengesetzt gewesen, wird mit der Rechtsbeschwerde nicht mehr ausgeführt. Die Rüge, an der der Antragsteller festhält, Anträge zum Kreisparteitag seien den Delegierten nicht übermittelt worden, hat aber (auch) den Angriff auf § 17 Abs. 5 der Kreissatzung zum Gegenstand.

III.

In der Sache hat die Rechtsbeschwerde im Ergebnis keinen Erfolg.

1. Das Bundesparteigericht hat in einem von dem Antragsteller und einem der früheren Mit-antragsteller betriebenen Verfahren auf Feststellung der Nichtigkeit der §§ 18 Abs. 1 Satz 2 und 30 Abs. 1 Satz 2 der Kreissatzung in einer älteren Fassung entschieden, dass die Antragsteller eine abstrakte Normenkontrolle betrieben, für die es ihnen an einem Rechtsschutzbedürfnis fehle (Beschluss vom 26.11.2002, CDU-BPG 4/2002; zum erfolglosen Antrag des früheren Mit-antragstellers auf Prozesskostenhilfe: (...)). Dies gilt auch für das vorliegende Verfahren. Die Gegenargumente des Antragstellers greifen im Ergebnis nicht durch.

a) Nach der Rechtsprechung des Bundesparteigerichts begründet die Befugnis der Parteigerichte, über rechtliche Auseinandersetzungen über Auslegung und Anwendung der Satzung (oder sonstigen Rechts) einer Organisationsstufe der Partei zu entscheiden (für das Kreisparteigericht § 11 Nr. 5 PGO, für das Landesparteigericht § 13 Nr. 6 PGO), kein Recht des Parteimitglieds auf eine abstrakte Normenkontrolle oder sonst ein Populärkla-

gerecht (Beschluss vom 25.02.1991, CDU-BPG 5/89; vom 16.04.2002, CDU-BPG 6/2001; vom 26.11.2002, bereits angeführt). Die Klage auf Feststellung der Nichtigkeit satzungsändernder Beschlüsse, als die das Kreisparteigericht und das Landesparteigericht die Aufhebungsanträge des Antragstellers zutreffend gesehen haben (zur Nichtigkeit rechtswidriger Satzungsbestimmungen im Vereinsrecht vgl. BGHZ 55,381; BGH NJW 1975, 2101), erfordert nach § 44 PGO i. V. m. § 43 VwGO ein Feststellungsinteresse des Antragstellers, welches das Bestehen oder Nichtbestehen eines Rechtsverhältnisses zum Gegenstand hat (BPG aaO; ferner Beschluss vom 11.05.1978, CDU-BPG 3/76).

b) Für das allgemeine Vereinsrecht ist es allerdings unbestritten, dass das Mitgliedschaftsverhältnis ein gegenwärtiges Rechtsverhältnis darstellt, das ein berechtigtes Interesse des Mitglieds an der alsbaldigen Feststellung einer Gesetzes- oder Satzungswidrigkeit normativer Beschlüsse des Vereins begründet. Im Verein steht deshalb jedem Mitglied das Recht zu, über die Gesetzmäßigkeit der Beschlüsse der Mitgliederversammlung zu wachen und Verstöße mit der Nichtigkeitsfeststellungsklage zu bekämpfen (BGH WM 1974, 179; WM 1975, 1041; BGH NJW 1987, 1811; MünchKomm BGB/Reuter 4. Auflage, § 33 Rn. 11, § 38 Rn. 34; Soergel/Hadding, BGB, 13. Auflage, § 32 Rn. 40; Reichert, Handbuch des Vereins- und Verbandsrechts, 10. Auflage, Rn. 2969 ff.). Das Vereinsmitglied ist in seinen Mitgliedschaftsrechten betroffen, wenn die Mitgliederversammlung rechtsfehlerhafte Beschlüsse trifft, wozu auch die Normsetzung durch Satzung (BGH NJW 1987, 1811) zählt. Von einem Feststellungsinteresse geht auch das Landesparteigericht – im Ergebnis allerdings zu Unrecht – aus (nachstehend c). Anders hätte es sich gehindert gesehen, die formellen Rügen, der Kreisparteitag sei unzutreffend zusammengesetzt gewesen und Satzungsanträge seien unbeachtet geblieben, zu prüfen. Wenn das Mitglied durch den Beschluss des satzungsgebenden Organs nur unter der besonderen Voraussetzung betroffen ist, dass er ihn über seine Stellung als Mitglied hinaus auch persönlich berührt, so ist es ihm auch verwehrt, die Nichtigkeit aus formalen Gründen feststellen zu lassen. Für die vom Landesparteigericht nicht näher erörterte, seiner Entscheidung aber zugrunde gelegte Unterscheidung zwischen der Befugnis des Mitglieds, satzungsändernde Beschlüsse aus formaler Sicht, nicht aber aus inhaltlichen Gründen (hier Verstöße gegen §§ 11 PartG, 21 GG) nachprüfen zu lassen, fehlt es an einer rechtlichen Grundlage. Auf eine deliktische Anspruchsgrundlage, die der Antragsteller aus BGHZ 110, 323 „Schärenkreuzer“ herleiten will, kommt es somit nicht mehr an.

c) Als bundesweit an der politischen Willensbildung mitwirkende Partei (Art. 21 Abs. 1

Satz 1 GG) ist die CDU indessen als ein in Gebietsverbände gegliederter Gesamtverein organisiert. Gesetzliche Grundlage hierfür ist § 7 PartG. Die Mitglieder der Partei sind zwar, vom zuständigen Ortsverband bis zur Bundespartei, Mitglieder jeder Organisationsstufe; denn Mitglied einer Partei kann nach § 2 PartG nur eine natürliche Person sein („Gestufte Mehrfachmitgliedschaft, vgl. BGHZ 73, 275,278). Ihre Mitgliedschaftsrechte üben sie aber nicht in jeder Stufe in gleicher Weise aus. Während auf der Ortsverbandsebene, wie im allgemeinen Vereinsrecht (vorstehend b)), die Mitglieder die Angelegenheiten des Vereins durch die Mitgliederversammlung ordnen (§ 32 BGB, § 16 Abs. 5 Satzung der CDU NRW; §§ 32 f. Kreissatzung), kann (§ 18 Bundesstatut, § 15 Abs. 5 Satzung der CDU NRW) auf Kreisebene und wird regelmäßig auf den höheren Organisationsstufen die Mitgliederversammlung durch eine Delegiertenversammlung abgelöst (für den Bundesparteitag vgl. § 28 Bundesstatut, für den Landesparteitag § 24 Satzung der CDU NRW). Grundlage hierfür sind §§ 8, 9 PartG. Der Kreisparteitag des Antragsgegners, auf dem die angefochtenen Satzungsänderungen beschlossen wurden, wurde auf dieser Grundlage, was auch der Antragsteller nicht in Zweifel zieht, rechtmäßig als Delegiertenversammlung abgehalten. Die Delegiertenversammlung „mediatisiert“ das Recht der nicht zu Delegierten gewählten Parteimitglieder zur Willensbildung in dem Umfange, in dem die Versammlung ihre Zuständigkeit ausübt (MünchKomm BGB Reuter, aaO., § 32 Rn. 2 ff.). Beschlüsse der Delegiertenversammlung können in der Regel nur von den Delegierten selbst angefochten werden (Soergel/ Hadding, aaO, § 32 Rn. 3; Reichert aaO, Rn. 5310 und 5336; Sauter/Schweyer/Waldner, Der eingetragene Verein, 17. Auflage, Rn. 222; a. A. Stöber, Handbuch zum Vereinsrecht, 9. Auflage, Rn. 582 mit unzut. Verweisung auf Reichert, 9. Auflage, Rn. 2809, nunmehr Rn. 5336). Dies gilt allerdings nicht uneingeschränkt. Abgesehen davon, dass das Mitglied, was das Landesparteigericht im Falle des Antragstellers zu Recht verneint, zur Anfechtung befugt ist, wenn es in seinen eigenen Rechten tangiert wird, wird ein Antragsrecht in dem Falle erörtert, dass der Beschluss der Delegierten gegen elementare Rechtsgrundsätze verstößt (Reichert aaO, Rn. 5336; für den Fall einer eingetragenen Genossenschaft vgl. BGH NJW 1982, 2558). Solche Verstöße liegen außerhalb des Streitverhältnisses. Darüber hinaus mag zu überlegen sein, dem Mitglied, jedenfalls wenn es an der Mitgliederversammlung der nachgeordneten Organisationsstufen teilgenommen hat (vgl. Bundesparteigericht, Beschluss vom 19.10.2004, CDU-BPG 2/2004), dann ein Anfechtungsrecht gegen Delegiertenbeschlüsse einzuräumen, wenn Fehler bei der Mitgliederversammlung der nachgeordneten Stufe auf die Beschlüsse der vorgeordneten Delegiertenversammlung durchgegriffen haben (etwa fehlerhafte Wahl der Delegierten; vgl. BGH WM 1974,179). Die von dem Antragsteller gerügten Verstöße der satzungsändernden Beschlüsse gegen § 11 Abs. 2 PartG und Art. 21 Abs. 1 Satz 3 GG zählen nicht hierher. Ihr

Gegenstand ist ausschließlich die Setzung materiellen Satzungsrechts auf Kreisebene, die aus dem allgemeinen Mitgliedschaftsrecht ausgegliedert und auf die von den Mitgliedern demokratisch gewählten (§ 8 PartG) Delegierten übertragen worden ist. Wie im vorausgegangenen Verfahren (CDU-BPG 4/2002) ist daher davon auszugehen, dass der Antragsteller als Nichtdelegierter eine unzulässige abstrakte Normenkontrolle betreibt (vgl. ferner zur fehlenden Befugnis der Parteigerichte, auf einen Verpflichtungsantrag hin in die Satzungskompetenz eines Parteitags einzugreifen: Bundesparteigericht, Beschluss vom 25.02.1991, CDU-BPG 5/89; zum Antrag eines Ortsverbands auf Feststellung der Nichtigkeit von Landessatzungsrecht: Bundesparteigericht, Beschluss vom 16.04.2002, CDU-BPG 6/2001).

d) Der Umstand, dass der Antragsteller für den Stadtverband zum Ersatzdelegierten gewählt worden war und, nach Verhinderung vorrangig Gewählter an dem Kreisparteitag als Delegierter hätte teilnehmen können, ändert daran nichts. Die Delegiertenversammlung, die das Recht der Mitglieder zur Willensbildung der Partei auf der höheren Organisationsstufe wahrnimmt, besteht nicht aus der Gesamtheit der zur Teilnahme als Delegierter Berechtigten. Mitglieder der Delegiertenversammlung sind nur die Gewählten, die tatsächlich an ihr teilnehmen. Die Delegiertenversammlung ist insoweit ein Spiegelbild der Mitgliederversammlung. Die Mitgliederversammlung ist nicht mit der Gesamtheit der Vereinsmitglieder gleichzusetzen, als Vereinsorgan besteht sie vielmehr nur aus den Mitgliedern, die zu der Mitgliederversammlung erschienen sind und an ihr teilgenommen haben (Soergel/Hadding aaO, § 32 Rn. 2). Der Grund hierfür liegt darin, dass der Verein seinen Willen nicht formlos, sondern in der von Gesetz und Satzung vorgesehenen Form bildet (für den Antragsgegner vgl. § 34 f. seiner Satzung). Die förmliche Ladung zur Versammlung, die Einhaltung von Ladungsfristen, die Mitteilung der Tagesordnung etc. sind unerlässliche Voraussetzungen dafür, dass das Mitglied seine Rechte ungeschmälert wahrnehmen kann und eine Manipulation der Willensbildung der Partei durch formlose Absprachen verhindert wird. Dies gilt für die Urversammlung auf der ersten Organisationsstufe der Partei wie für die Delegiertenversammlungen der höheren Stufen. Organmitglieder sind daher nur die an der Versammlung der jeweiligen Stufe berechtigt teilnehmenden Personen. Zu ihnen zählte der Antragsteller, was den Kreisparteitag vom 12. Juli 2003 angeht, nicht. Er hatte das Delegiertenamt nicht inne und kann damit die Rechte eines Delegierten, auch was die rechtliche Kontrolle der Beschlüsse der Versammlung angeht, nicht wahrnehmen. Die Rechte, die der Antragsteller, wäre er nicht verhindert gewesen, hätte ausüben können, können von dem Delegierten wahrgenommen werden, der an seine Stelle getreten ist.

2. Auch soweit der Antragsteller rügt, Anträge zum Kreisparteitag, an deren Fassung er beteiligt gewesen sei, seien den Delegierten nicht übermittelt worden, bleibt das Rechtsmittel ohne Erfolg. Unter diesem Gesichtspunkt müsste allerdings das Feststellungsinteresse nicht notwendigerweise daran scheitern, dass der Antragsteller nicht in die Delegiertenstellung eingerückt ist. Die Verletzung eines ihm, ohne Rücksicht auf die Delegiertenstellung (etwa) zustehenden Rechts, Anträge zur Aufnahme in die Tagesordnung an den Kreisparteitag zu stellen, könnte, je nach Sachlage, ein Rechtsschutzinteresse des Antragstellers auf Feststellung der Nichtigkeit von Beschlüssen begründen. Das Landesparteigericht hat indessen im Tatsächlichen festgestellt, dass der Antragsteller es unterlassen hat, Inhalt und Zeitpunkt der Anträge mitzuteilen. Die Rechtsbeschwerde vermag nicht darzulegen, dass diese Feststellung verfahrensfehlerhaft getroffen wurde. Ist aber der Inhalt der Anträge unbekannt, war es dem Landesparteigericht nicht möglich, die etwaigen Auswirkungen ihrer unterbliebenen Versendung an die Delegierten auf die Beschlussergebnisse nachzuprüfen. Im Übrigen hätte es die vereinsrechtliche Treuepflicht geboten, die Verletzung des Antragsrechts zum Kreisparteitag alsbald, spätestens jedenfalls mit der Stellung der Nichtigkeitsfeststellungsanträge vor dem Kreisparteigericht am 9. August 2003, geltend zu machen (Bundesparteigericht, Beschluss vom 6.12.1995, CDU-BPG 1/94). Der Antragssteller hat dagegen bis nach Abschluss der ersten Instanz gewartet und sich die Beanstandungen auf den Beschwerdeschriftsatz vom 17.01.2004 aufgespart.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 43 PGO.

gez. Dr. Rumler-Detzel
Hellner

gez. Dr. Bonde

gez.

gez. Dr. Lambert-Lang

gez. Tropf

Ausgefertigt: Berlin, 1. Februar 2006